

Christina Stumpp reagiert auf „Omas“

Die Waiblinger „Omas gegen Rechts“ sind empört über die Anfrage von Friedrich Merz und der CDU zur politischen Neutralität von staatlich geförderten Organisationen. Nun hat die CDU-Abgeordnete des Wahlkreises Christina Stumpp sich zur Thematik geäußert.

VON DANIEL HERTWIG

WAIBLINGEN. Auch kurz vor Bildung einer neuen Regierung sind die Waiblinger „Omas gegen Rechts“ immer noch sauer auf CDU-Chef und Bald-Kanzler Friedrich Merz. Stein des Anstoßes sind die 551 Fragen zur Finanzierung verschiedener Gruppen. Am Tag nach der Bundestagswahl hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, die Finanzierung und politische Neutralität von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie „Omas gegen Rechts“ zu prüfen.

Waiblinger „Omas gegen Rechts“ besorgt um gesellschaftliches Klima

Die „Omas gegen Rechts“ in Waiblingen betonen: Sie erhielten kein staatliches Geld. Haben sie für ihre Aktionen in Waiblingen Ausgaben, etwa für den Druck von Flyern, legten sie meist zusammen. Sie sind auch keine gemeinnützige Organisation, sondern eine ehrenamtliche und überparteiliche Initiative. Und vor allem, so die Frauen aus Waiblingen, sorgen sie sich sehr um die Demokratie. Durch die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion fühlten sie sich „diffamiert“, sagt Ute Stöffler. Es sei so getan worden, als hätten die Deutschland-„Omas“ mit Steuergeldern Demos gegen das Vorgehen der Union organisiert, nachdem diese im Bundestag einen Antrag zur Migrationspolitik gestellt hatte, der nur mit den Stimmen der AfD durchgehen konnte. Der CDU-Landtagsabgeordnete Siegfried Lorek rief zum Wahltag zu einer „Demo gegen links“ auf. Die „Omas gegen Rechts“ aus Waiblingen sehen das alles mit Sorge.

Die Gesellschaft sei schon gespalten – und die 551-Fragen-Liste der CDU/CSU habe weiter dazu beigetragen. Was die Union wohl auch so beabsichtigt habe, meint Petra Zerrer. Sie fühlen sich in „ein falsches Licht gerückt“, sagt Heiderose Scheerer. Dabei wollten die Ehrenamtlichen „nur Gutes“, nämlich die Demokratie beschützen. Das ist ihr verbindendes Thema, auch wenn sie verschiedenen politischen Parteien anhängen. Die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betrachteten sie als „Einschüchterungsversuch“, sagt Ute Stöffler. Zudem sollte eine solche Anfrage ihrer Ansicht nach ein Mittel sein, die Regierung zu kontrollieren, nicht zivilgesellschaftliche Gruppen.

Friedrich Merz beziehungsweise die Pressestellen der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag haben auf eine Anfrage der Redaktion nicht reagiert. Geäußert hat sich dafür Christina Stumpp, Bundestagsabgeordnete aus Waiblingen und stellvertretende Generalsekretärin der CDU. Sie teilt mit: „Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie und verdient Anerkennung. Wer sich ehrenamtlich für seine Überzeugungen einsetzt, leistet einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs. Gleichzeitig gehört es zu den Kernaufgaben der Opposi-

on, die Bundesregierung zu kontrollieren und für Transparenz zu sorgen. Genau diesem Zweck dient unsere Kleine Anfrage. Sie ist keineswegs als Einschüchterungsversuch zu verstehen, sondern als ein Instrument der parlamentarischen Kontrolle, das der Stärkung des Vertrauens der Bürger in den Staat dient. Hintergrund unserer Anfrage ist die berechtigte Sorge einer parteipolitischen Einflussnahme staatlich geförderter Organisationen.“

Christina Stumpp erklärt weiter: „In einer Demokratie muss es erlaubt sein, Fragen zu stellen – insbesondere dann, wenn es um den Umgang mit öffentlichen Geldern geht. Wer sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt, sollte auch bereit sein, über die Herkunft und Verwendung seiner finanziellen Mittel Auskunft zu geben“, so die Politikerin. „Es ist irritierend, dass allein die Tatsache, dass wir als Opposition unserer Kontrollfunktion nachkommen, als Angriff auf die Zivilgesellschaft gewertet

wird. Wenn die Mitglieder der ‚Omas gegen Rechts‘ aus Waiblingen betonen, dass sie keine staatlichen Fördergelder erhalten, ist diese Klarstellung zu begrüßen. Genau das ist das Ziel unserer parlamentarischen Arbeit: Transparenz herzustellen und offene Fragen zu klären.“

Inzwischen hat auch die Noch-Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage geantwortet. Sie schreibt: „Es ist die Verantwortung des Staates, im Rahmen einer wehrhaften Demokratie für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten. Hierzu zählt auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements.“ Zu den vielen Einzelfragen der CDU/CSU-Fraktion zu den „Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“ heißt es von der Regierung meist: „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.“ In einer Anlage zu den Fördermitteln, die an verschiedene Organisationen geflossen sind, heißt es bei „Verein Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“ jedenfalls: „Keine Tref-fer bei der Abfrage.“

Die Fragenliste kann man auch als Kompliment verstehen

Die „Omas gegen Rechts“ in Waiblingen wollen auf jeden Fall weitermachen. Sie treffen sich einmal im Monat, um ihre Aktivitäten zu besprechen – und auch, um sich auszutauschen, sich gegenseitig Mut zuzusprechen. Acht bis 15 Frauen sind es bei den Treffen im Karo in Waiblingen. Seit der strittigen CDU/CSU-Anfrage haben sie fünf Neulinge gewonnen, erzählen sie. Und Gabriele Babarro Fernandez sieht in der 551-Fragen-Liste auch ein „Kompliment“. „Wir werden für stark gehalten.“ Männer dürfen sich auch gerne einbringen, sollten dann aber eine eigene Gruppe gründen, so die Waiblingerinnen. Gabriele Babarro Fernandez verspricht scherzhaft: „Wir empowern die!“



Foto: privat

„Unsere Kleine Anfrage ist keineswegs als Einschüchterungsversuch zu verstehen.“

Christina Stumpp,
CDU-Bundestagsabgeordnete
Wahlkreis Waiblingen